

Die Bauergewerkschaft

Zeitung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich 3,— RM. (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. Redaktionsschluss: Montag, morgens 9 Uhr
Nr. 42 · 31. Jahrgang Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2/3 Berlin, 18. Oktober 1930

DSB. und Christliche Gewerkschaften zum Regierungsprogramm

Wir haben uns bereits in der vorigen Nummer der „Baugewerkschaft“ mit dem Regierungsprogramm auseinandergesetzt. In der letzten Woche ist nun auch eine Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften erfolgt. Der Vorstand des D.S.B. nahm die folgende Entschliessung an:

„Die überaus ernste Lage, in der sich Staat und Wirtschaft befinden, erfordert auf verschiedenen Gebieten durchgreifende und auf weite Sicht berechnete Maßnahmen. Mit dem Regierungsprogramm betrachtet der Deutsche Gewerkschaftsbund Sparsamkeit und Ordnung in den öffentlichen Finanzen als eine der ersten Voraussetzungen dafür, um auch im allgemeinen wieder zu geregelten Verhältnissen zu kommen. Im Hinblick darauf begrüßt der D.S.B. eine Reihe der im Regierungsprogramm vorgesehenen Maßnahmen. Ungeachtet dieser Zustimmung bringt der Vorstand aber zum Ausdruck, daß er gegen verschiedene Punkte des veröffentlichten Programms und seiner Begründung wesentliche Bedenken hat. Er hält u. a. eine noch stärkere Einschränkung der Verwaltungsausgaben im Reich, in den Ländern und Gemeinden für notwendig. Die jetzige Regelung der Arbeitslosenversicherung muß in Zukunft einer zweckmäßigeren, organischen Gestaltung mit dem Ziele einer Entlastung Platz machen. Das Regierungsprogramm und seine Begründung hat in weitesten Arbeitgebertreuen Stimmungen und Erwartungen ausgelöst, gegen die wir uns aufs schärfste wenden.“

Der Deutsche Gewerkschaftsbund verlangt eine gerechte Lastenverteilung und wendet sich nachdrücklich gegen die jetzt allgemein einsetzenden Bestrebungen auf weitere Herabsetzung der Lebenshaltung der arbeitnehmenden Volksschichten. Die Arbeitnehmer haben seither die größten Opfer für die Gesundung der Wirtschaft gebracht. Den leitenden Gedanken der Begründung des Regierungsprogramms, daß die Höhe der Gehälter und Löhne sowie der Soziallasten der auch von uns gewünschten Erhaltung einer leistungsfähigen Wirtschaft hemmend im Wege steht, hält der Vorstand des Deutschen Gewerk-

schaftsbundes für abwegig. Zu dieser Haltung fühlt sich der Vorstand um so mehr verpflichtet, als das Regierungsprogramm zu dem notwendigen Preisabbau eine entschiedene Stellungnahme vermissen läßt. Die Neuregelung der Wohnungswirtschaft wird in der angekündigten Form abgelehnt. Endlich bringt der Vorstand noch zum Ausdruck, daß zur Milderung der Weltkriege auch Abmachungen auf internationalem Gebiete notwendig sind. Die christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung verlangt vor allen Dingen die Befreiung des deutschen Volkes von den überspannten Lasten des Young-Planes.“

Am 8. Oktober hielt der Hauptvorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands in Königswinter eine Sitzung ab, in der er sich an erster Stelle mit dem Regierungsprogramm beschäftigte.

Der Vorstand erkennt die Schwere der Gesamtlage des Staates und der Wirtschaft rückhaltlos an und demgegenüber auch die große Verantwortung und die Schwierigkeiten, die für die Regierung bestehen, um die drohenden Gefahren abzuwehren.

In dem Programm der Reichsregierung sehen die Christlichen Gewerkschaften einen ersten Versuch, in Staat und Wirtschaft wieder zu gesunderen Verhältnissen zu kommen. Zu einigen Punkten des Programms und seiner Begründung durch die Reichsregierung haben die Christlichen Gewerkschaften, besonders nach der sozialpolitischen Seite hin, ernste Bedenken. Sie werden ihre Stellungnahme der Reichsregierung in einem besonderen Schreiben mitteilen. — Wie wir bei Redaktionsschluss hören, ist dieses Schreiben inzwischen an die Reichsregierung abgegangen. Die Reichsregierung soll sich zu einer Aussprache mit den christlichen Gewerkschaften bereit erklärt haben.

Die Christlichen Gewerkschaften haben in den letzten Jahren wiederholt eine gerechte Tributregelung verlangt. Diese Forderung stellen sie jetzt erneut mit allem Nachdruck. Das deutsche Volk, das zurzeit unter den Belastungen des Young-Planes schwer leidet, bedarf dringend der Befreiung von ungerechten und überspannten außenpolitischen Lasten und Bedrückungen.

werden neunzig Arbeiter entlassen. Damit wird der Betrag gespart, der für achtzig Arbeiter aufzubringen wäre.

Dabei wurde ein wesentlicher Posten nicht mit eingerechnet: Die achtzig Arbeiter waren nicht nur Produzenten, sondern auch Konsumenten. Konsument ist die Maschine in diesem Maße nicht. Die achtzig Arbeiter ließen das Entgelt für ihre Tätigkeit als Erzeuger in ihrer Eigenschaft als Verbraucher wieder in die Wirtschaft einfließen. Dadurch, daß sie aus dem Produktionsprozess hinausgedrängt wurden, schieden sie auch als Konsumenten aus. Als Arbeitslose müssen sie ohne weiteres auf alle Güter verzichten, die nicht unbedingt zur Erhaltung des nackten Lebens notwendig sind. Soweit die Arbeitslosen überhaupt noch am Konsum teilnehmen, erfolgt die Bezahlung nicht durch sie, sondern sie muß von denen aufgebracht werden, die noch am Produktionsprozess beteiligt sind. Je mehr Arbeiter daher entlassen werden, desto höher wird die Belastung, die auf die einzelne Maschine entfällt. Während ihr Unkostenanteil steigt, kann ihre Produktivkraft wegen des sich stets verengenden Konsums immer weniger ausgenutzt werden. Praktisch heißt dies nichts anderes als: Die technische Rationalisierung rationalisiert sich selbst zu Tode.

Daraus ziehe ich den Schluss: nur dann wirkt der Ersatz von Arbeitern durch Maschinen oder durch Minderung der Arbeitsweise tatsächlich rationell, wenn die auf diese Weise freierwerdenden menschlichen Arbeitskräfte sofort wieder anderweitig als Produzenten, und somit auch als vollwertige Konsumenten in den Gang der Weltwirtschaft eingeschaltet werden können. Arbeiter, die zu ungünstigeren Bedingungen sonstige Arbeit annehmen müssen, oder die gar lange Zeit ihrer Produktionskraft beraubt werden, wirken derart verheerend auf die Wirtschaftlichkeitsberechnung ein, daß die „verfeinerten“ Arbeitsmethoden oder die gepriesenen neuen Maschinen keine sinngemäße Rationalisierung, sondern Raubbau in schärfster Ausprägung bedeuten. Rationelle Arbeitsweisen und Maschinen dürfen daher nur in dem Maß zur Anwendung kommen, in dem der Arbeitsmarkt die dadurch freierwerdenden menschlichen Arbeitskräfte aufzunehmen vermag, und zwar, was wichtig ist, zu betonen: in der Weise, daß ihre Fähigkeiten mindestens in gleich hohem Maß als bisher ausgewertet werden.

Hier ist noch ein Wort über die Arbeitslosenversicherung einzuschalten. Das merkwürdig wenig in seiner Bedeutung erkannt wird: Die Versicherung ist als Wohltat für die Arbeitnehmer gedacht; für ihre Abschaffung wäre wohl kein vernünftiger Mann zu haben. Leider aber wird die Wohltat für den Arbeitnehmer auch zur Plage: Früher war der Unternehmer viel mehr mit seiner Arbeiterkraft verbunden als jetzt. Denn er mußte schon eine sehr robuste und von jeglicher menschlichen Regung freie Natur gewesen sein, wenn er zur Zeit einer günstigen Konjunktur mit allen Mitteln des Menschenfanges viele Familien dem Heimathoden entriß und sie in seine Fabrik eingestellt hätte, um sie dann wieder beim ersten Abflauen des Geschäftsganges auf die Straße zu werfen. Heutzutage liegen diese Hemmungen nicht vor: wenn Konjunkturgewinn winkt, dann wird der Arbeitsmarkt von den Unternehmern gesäumt; sobald aber die Fließbänder nicht mehr in voller Geschwindigkeit laufen können, weil eben weit über den Bedarf hinaus darauflos produziert wurde, dann gibt man Tausenden von Arbeitnehmern leichten Herzens ihre Papiere. Man hat doch nicht umsonst gezahlt; der Staat kann sehen, wie er fertig wird. Die bei der Hochkonjunktur errasteten Gelder bleiben gesichert. Hier wäre meines Erachtens durch die Gesetzgebung der Hebel anzusetzen, um die Unternehmer wieder zu größerem Verantwortungsgefühl zu erziehen: sie sollen es sich reiflich überlegen, neue Arbeitskräfte einzustellen (dadurch wird eine einsetzende günstige Konjunktur nicht sofort wieder zu Tode gesetzt), und besonders: es soll ihnen erschwert werden, ganz nach Interesse ihre Arbeiter „abzulegen“ (wodurch etw.

Irwege der Rationalisierung

Vor drei, vier Jahren wurde „Rationalisierung“ die große Mode. Vorträge und Artikel flossen über von tiefgründigen Plänen, Berechnungen usw., die als der Weisheit letzter Schluss verkündeten: man braucht nur sinngemäße Maschinen, nur Fließbänder in modernster ausgeklügelter Art zu beschaffen, und das goldene Zeitalter hebt an. Man kann die Arbeiterzahl bis auf einen kleinen Bruchteil abbauen; man erspart sich damit nicht nur den vielen Ärger mit den Gewerkschaften usw., sondern behält auch die riesigen Lohnauslagen, die Sozialbeiträge usw. häßlich für sich.

Die jetzige Lage der Weltwirtschaft bringt aber den Schluss nahe, daß in der so glatt scheinenden Rationalisierungsrechnung ein großer Fehler stecken muß. Denn Tatsache ist: in Amerika, dem Ursprungsland der geistlosen Rationalisierungsmanie, ist die Arbeitslosenzahl am bedrückendsten in die Höhe geschossen; an zweiter Stelle folgt Deutschland als der gelehrigste Schüler. Frankreich mit seinem viel gemächlicheren Tempo erfreut sich trotz der „Weltwirtschaftskrise“ guten Geschäftsganges. — Aber England? wird der Einwand laut. Es bildet eine Ausnahme. Die dort schon am längsten bestehende Arbeitslosigkeit ist tatsächlich mehr weltwirtschaftlichen Ursprungs.

Wo steckt nun der Fehler in der Rationalisierungsrechnung? Ganz allgemein gesprochen darin, daß

man zu einseitig wirtschaftsstechnisch und zu wenig wirtschaftskulturell und wirtschaftssozialgedacht und gehandelt hat. Man übersah, daß die Rationalisierung nicht Selbstzweck sein kann, sondern nur insofern Sinn und Berechtigung hat, als sie dem Subjekt der Wirtschaft, nämlich dem Menschen, zu dienen imstande ist. Die Rationalisierung wäre einen andern Weg gegangen, wenn sich unsere Ingenieure und Kaufleute nicht in erster Linie gefragt hätten: wie erzielt man mit der geringstmöglichen Arbeitsleistung den größten technischen Kundeneffekt? sondern wenn man mehr den lapidaren Satz beherzigt hätte: „Ausgangspunkt wie Zielpunkt unserer Wissenschaft ist der Mensch.“ Die Fragestellung wäre dann die gewesen: Inwiefern sollen und können wir die menschliche Arbeitskraft durch Maschinen ersetzen, oder inwiefern können wir sie an Stelle der bisherigen, vom individuellen Erweisen und Können abhängenden Zwangslosigkeit in schablonenhafter Handreichung umformen, damit auf vollkommener Weise als bisher der wirtschaftlichen Wohlfahrt und somit dem kulturellen Fortschritt der Menschheit gedient wird? Man kalkulierte aber so: eine Maschine und zehn Bedienungsarbeiter leisten in der Produktionshöhe das gleiche: wie hundert Arbeiter ohne Maschine. Die Maschine kostet an Anschaffung und Unterhaltung so viel wie zehn Arbeiter. Also

lebende Kräftezeiten unerträglich verschärft werden). Wie das möglich ist, läßt sich hier nicht in wenigen Worten sagen. G. Junter.

Beamte, Angestellte und Arbeiter in der Wirtschaftskrise

Einer trage des andern Lasten", heißt ein altes Sprichwort. Es ist heute unmodern geworden. Der Unternehmer hat es längst vergessen. Aber auch innerhalb der drei Gruppen der Arbeitnehmer, der Beamten, Angestellten und Arbeiter, ist der Sinn des Spruches in sein Gegenteil verkehrt worden. Verstand man früher darunter, daß der wirtschaftlich Stärkere und Gesichere dem wirtschaftlich Schwächeren tragen half, so ist es heute üblich geworden, alle Lasten auf den wirtschaftlich Schwächeren abzuwälzen. Wir sind nicht neidisch, und gönnen den anderen Schichten ihre bessere Lebenslage; aber wir halten es für ungerecht, daß Notzeiten der Wirtschaft nahezu allein zu Lasten der Arbeiterschaft gehen, wie das heute der Fall ist.

Der Beamte

wird von der Wirtschaftskrise überhaupt nicht berührt. Seine Stellung währt lebenslanglich. Gehalt und Pension laufen bis ans Lebensende. Beamtenwitwen und -waisen haben Rechtsanspruch auf ein Hinterbliebenengeld. Das Gehalt bewegt sich immer auf der gleichen Höhe. Es ist unabhängig von der Rentabilität eines Betriebes. Es gilt der Grundsatz „wohlerworbener Rechte“, die nicht abgebaut werden können. Der Arbeitgeber gewinnt die Mittel für die Versorgung seiner Beamten durch Steuern und Gebühren aus der Wirtschaft und dem Einkommen anderer Staatsbürger. Reichen die Steuern usw. zur Besoldung der Beamten nicht aus, gehen die staatlichen Abgaben der Staatsbürger zurück infolge schlechter Wirtschaftslage und geringerer Einkommen, so werden die Steuern einfach erhöht. Der in der Wirtschaft stehende Staatsbürger hat so das Vergnügen, sein Einkommen durch den Staat noch weiter verringern zu lassen, damit der Staat den wohl-erworbenen Rechten der Beamten in Form des gleichen Einkommens, auch in wirtschaftlichen Krisenzeiten, entsprechen kann. Kündigungen, Arbeitszeitverkürzungen mit entsprechendem Lohnabzug, alles das kommt bei den Beamten nicht in Betracht. Auch dann nicht, wenn das Arbeitspensum infolge der Einwirkungen schlechter Wirtschaftslage insgesamt geringer geworden ist. Da in Zeiten schlechter Wirtschaftslage eine Senkung der Preise aber die Regel ist, erfährt der Beamte bei der Garantie seines Nominaleinkommens in Krisenzeiten eine Erhöhung seines Realeinkommens.

Der Angestellte

steht auf dem freien Arbeitsmarkt an den windgeschüttesten Stellen. Der Arbeitgeber kann Angestellte in der Regel nur entlassen mit mehrwöchentlicher Kündigungsfrist. Bei längerer Dienstzeit erweitert sich die Kündigungsfrist. Im Krankheitsfall läuft bei Angestellten das Einkommen in Höhe des vereinbarten Lohnes eine Zeitlang weiter. Für das Alter und die Invalidität der Angestellten ist einigermaßen gesorgt. Der Arbeitgeber leistet für die Versicherung der Angestellten höhere Beiträge als für die Versicherung eines Arbeiters. Bei Arbeitsmangel tritt keine Gehaltskürzung ein. Das Monatsgehalt läuft weiter. Wo die Arbeitgeber sich anziehen, infolge Arbeitsmangel oder Ueberzeugung ihres Betriebes mit Angestellten, Angestelltenentlassungen vorzunehmen, protestiert die ganze Presse gegen solche „sozialen Ungerechtigkeiten“. (Siehe u. a. die Haltung des sozialdemokratischen „Vorwärts“ im Angestelltenkonflikt der Berliner Metallindustrie.) Verkürzungen der Arbeitszeit unter gleichzeitiger Gehaltskürzung lassen die Tarifverträge nicht zu, abgesehen davon, daß auch sonst die Angestellten ein Recht auf ein regelmäßiges Einkommen für sich als standesgemäß reklamieren. (Auch der „Vorwärts“ verteidigt solchen Standpunkt.)

Der Arbeiter

muß die ganze Last niedergehender Wirtschaftskrisen tragen. Weil der Staat mehr Steuern haben will, um die (zu besseren Zeiten festgelegten) Gehälter seiner Beamten zahlen zu können, weil die Gehälter der Angestellten nicht abgebaut werden dürfen und überzählige Angestellte gegen Entlassung weitgehend gesichert sind, muß der Arbeiter „bluten“. Er muß Lohnabzüge auf sich nehmen, um den Ausgleich im Betriebe für Einnahmen und Ausgaben zu schaffen. Bei Arbeitsmangel fliegen die Arbeiter zu Tausenden aus den Betrieben. Davon machen die Zeugnissen kein Aufheben. (Im Gegensatz zu Entlassungen weniger Angestellten.) Obwohl die Zahl der Angestellten verhältnismäßig stärker gewachsen ist als die der Arbeiter, sind nur etwa drei Prozent der Angestellten erwerbslos gegen etwa 15 Prozent der Arbeiter. Je mehr sich die Angestellten gegen Entlassungen, Gehaltskürzungen usw. sichern,

um so stärker wird der Arbeiter mit dem Betriebs- und Wirtschaftskrisen belastet. Und alle Welt findet das so in Ordnung. Selbst der „Vorwärts“, der den Angestellten in der Berliner Metallindustrie in der Abwehr gegen Entlassungen und Arbeitszeitverkürzungen mit entsprechendem Lohnabzug die Stange hielt, hingegen bedauert, daß in den städtischen Lehrbetrieben Berlins der Abbau von einigen hundert Arbeitern nicht zu verhindern gewesen sei, nachdem sich die Mehrheit der Arbeiter geweigert habe, verzehrt bei gekürztem Lohn zu arbeiten, um ihren Arbeitskollegen Arbeit und Brot zu erhalten. Allerdings hat in den Metallbetrieben Berlins auch nicht die sozialdemokratisch-kommunistische Stadtverwaltung zu bestimmen. Das erklärt immerhin in etwa die Haltung des „Vorwärts“.

Vor einigen Monaten hat der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes den Versuch unternommen, eine Einheitsfront der Beamten, Angestellten- und Arbeitergewerkschaften herzustellen zur gemeinsamen Verteidigung der Rechte der einzelnen Gruppen. Aus dieser Einheitsfront ist nichts geworden und konnte nichts werden, da die Arbeiterschaft nicht das geringste Interesse daran hat, Zustände zu verteidigen, die für die Arbeiterschaft dauernd nicht tragbar sind. Je mehr sich andere Gruppen im Volke gegen das Risiko des Wirtschaftsverlaufes sichern, um so stärker wird die Arbeiterschaft damit belastet. Und diese einseitige Belastung erwächst ursprünglich sicherlich nicht allein aus dem Willen der Arbeitgeber.

Es gab einmal eine Zeit, wo den Arbeitern das Sprüchlein vorgesagt wurde, von dem, der den Anfang machen müsse, damit die Arbeiterschaft nachkommen könne. So, als die Beamten höhere Besoldung erhielten, als die Angestellten in der Sozialpolitik für sich Sonderregelungen (und damit Sonder-vorteile) begehrten. Als sich aber die Arbeiter ansetzten, den Beamten zu folgen, da erklärte Herr Morath, einer der prominentesten Beamtenvertreter, daß auch die geringste allgemeine Lohnerhöhung ein Verbrechen am Volke sei; das könne die Wirtschaft nicht leisten. In der gesetzlichen Sozialpolitik ist's genau so. Den Angestellten werden Sonderrechte gewährt, den Arbeitern bleibt das Vergnügen, diese Entlastungen der Angestellten mit zu tragen. Kein Gedanke daran, daß es jemals möglich wäre, für die Arbeiterschaft gleiches zu erreichen. Das gibt's eben nicht, weil unter ihr keine Schicht in der Wirtschaft mehr steht, die den Patekel abgeben könnte.

Die Mitwirkung der Gesellenausschüsse bei der Regelung des Lehrlingswesens durch Innungen und Handwerkskammern

Nach den Bestimmungen der Gewerbeordnung gehört zu den Aufgaben der Innungen und Handwerkskammern u. a. die nähere Regelung des Lehrlingswesens. Das Gesetz schreibt vor, daß das Innungsstatut Bestimmungen treffen muß hinsichtlich der Regelung des Lehrlingswesens. Der Innungsverammlung wird zur Aufgabe gemacht, Vorschriften zur näheren Regelung des Lehrlingswesens zu erlassen. Die von einer Zwangsinnung erlassenen Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens bedürfen der Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde. Der Gesellenausschuß ist an der Schaffung des Statuts hinsichtlich der Regelung des Lehrlingswesens als auch bei dem Erlaß von Vorschriften zur näheren Regelung des Lehrlingswesens zu beteiligen. Zur Durchführung von Beschlüssen der Innungsverammlung, die die nähere Regelung des Lehrlingswesens betreffen, ist die Zustimmung des Gesellenausschusses erforderlich. Wird dieselbe verweigert, so kann die Aufsichtsbehörde sie ersetzen. Zur Beratung und Beschlussfassung der Innungsverammlung über die Regelung des Lehrlingswesens sind alle Mitglieder des Gesellenausschusses mit vollem Stimmrecht zuzulassen. In diesem Zusammenhang sei auch darauf hingewiesen, daß zur Beratung und Beschlussfassung des Innungsvorstandes in derselben Angelegenheit mindestens ein Mitglied des Gesellenausschusses mit vollem Stimmrecht zuzulassen ist. Aus diesen Tatsachen ergibt sich, daß der Gesellenausschuß bei dem Erlaß von Vorschriften zur näheren Regelung des Lehrlingswesens durch die Innung in starkem Maße mitwirken kann. Der Gesellenausschuß hat einen mitbestimmenden Einfluß auf die Gestaltung dieser Dinge. Die Innung hat die Möglichkeit, einen besonderen Ausschuß für das Lehrlingswesen zu bilden. Die Hälfte der Mitglieder zu diesem Ausschuß werden vom Gesellenausschuß gewählt.

Wie einleitend schon gesagt ist, obliegt auch der Handwerkskammer die nähere Regelung des Lehrlingswesens. Sie hat vor allem die Durchführung der für das Lehrlingswesen geltenden Vorschriften zu

überwachen. Die von ihr erlassenen Vorschriften zur näheren Regelung des Lehrlingswesens gehen denen einer Innung vor, d. h. daß, soweit Bestimmungen der Innungen, die die nähere Regelung des Lehrlingswesens betreffen, solchen der Handwerkskammer widersprechen, diese unverbindlich sind. Der Gesellenausschuß bei der Handwerkskammer muß bei dem Erlaß von Vorschriften, die die nähere Regelung des Lehrlingswesens betreffen, mitwirken. Die Durchführung der Beschlüsse der Handwerkskammer wird allerdings von seiner Zustimmung nicht abhängig gemacht, wie dieses bei der Innung der Fall ist. Die von der Handwerkskammer erlassenen Vorschriften zur näheren Regelung des Lehrlingswesens bedürfen der Genehmigung der Landeszentralbehörde.

Welche Fragen die Vorschriften der Innungen und Handwerkskammern zur näheren Regelung des Lehrlingswesens umfassen, kann hier im einzelnen nicht gesagt werden. Die Vorschriften müssen sich im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen bewegen. Sie können u. a. betreffen die Lehrlingsvergütung, das Lehrgeld, die Dauer der Lehrzeit und Lehrlingshöchstzahlen. In allen Fällen haben die Gesellenausschüsse die Pflicht, dahin zu wirken, daß die Vorschriften so gestaltet werden, daß sich ungerechte Benachteiligungen für die Lehrlinge daraus nicht ergeben. Das kann in allererster Linie durch stärkste Mitarbeit geschehen. Besonders ist darauf zu achten, daß die Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens nicht Bestimmungen enthalten, die gegen den Tarifvertrag und das Gesetz verstoßen.

Die Innungen sind befugt, u. a. auch die Ausbildung der Lehrlinge bei den Innungsmitgliedern zu überwachen. Der Gesellenausschuß hat zwar hierbei kein Recht zur Mitwirkung, jedoch kann er auf Mißstände hinweisen und auf die Beseitigung derselben hinwirken.

Zu den Aufgaben der Innungen und Handwerkskammern gehört auch die Errichtung von Prüfungsausschüssen. (Die freie Innung errichtet nur dann einen Prüfungsausschuß, wenn sie zur Abnahme der Gesellenprüfung durch die Handwerkskammer ermächtigt ist.) Bei dem Prüfungsausschuß der Innung wird die Hälfte der Mitglieder durch den Gesellenausschuß bestellt. Dagegen wird der Prüfungsausschuß der Handwerkskammer, dessen Mitglieder zur Hälfte aus Gesellen bestehen, von der Handwerkskammer bestellt. Bei der Handwerkskammer besteht ein Ausschuß zur Entscheidung über Beanstandungen von Beschlüssen der Prüfungsausschüsse.

Das Gesetz verpflichtet die Innungen zur Bildung eines Ausschusses für Verhandlungen bei Streitigkeiten zwischen Innungsmitgliedern und Lehrlingen. Dieser Ausschuß setzt sich in gleicher Zahl aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammen. Diese Einrichtung ist eine Gütestelle im Sinne des Arbeitsgerichtsgesetzes und wird bezeichnet mit „Ausschuß für Lehrlingsstreitigkeiten“.

Zur Tagung für Werkspolitik in Frankfurt a. M.

Am 3. und 4. Oktober fand im Hörsaal H der Frankfurter Universität die 7. Tagung für Werkpolitik, veranstaltet vom Sozialen Museum und dem Institut für Wirtschaftswissenschaft der Universität Frankfurt am Main statt. Die Veranstaltung war von etwa 350 Teilnehmern, in der Hauptsache Gewerbelehrern, Arbeitgeber- und Arbeitervertretern, besucht, ein Beweis dafür, daß die zur Behandlung stehenden Fragen ein außerordentlich starkes Interesse in den genannten Kreisen fanden. Dr.-Ing. Hans Kellner hatte sich als Thema „Die Pädagogik der Facharbeitsausbildung“ gewählt und stellte dabei besonders die Forderung nach Berufsausbildung, nach Berufsbildung der Berufsausbildung und nach Berufsbildung des Gemeinschaftslebens heraus. Er vertrat die Auffassung, daß ein Ueberhandgreifen der Werkstatt- und schulmäßigen Ausbildung das Interesse des Lehrlings habe und aus diesem Grunde eine Zusammenfassung der Werkstattlehre und der theoretischen Ausbildung zu einer Schuleinheit als günstig anzusehen sei. Der politische Streit dürfe nicht auf dem Rücken der Jugendlichen ausgetragen werden.

Oberingenieur Carl Arnold, der Gründer des Dintia, sprach über „Arbeitschulung im Rahmen des Betriebes“ gemäß den Grundgedanken des Dintia in recht ausführlicher und geschickter, ja teilweise bestechender Form. Nach ihm will das Dintia zunächst dem jungen Menschen eine gründliche planvolle Ausbildung und Erziehung des ganzen Menschen vermitteln. Keine Betriebsstatistiken, sondern Betriebsaktive, die bestimmend und verantwortungsfreudig den Betriebsmechanismus beherrschen, sollen herangebildet und erzogen werden. Angeblich macht das Dintia bewußt halt an den Betriebsgrenzen und läßt vollen Spielraum für Bildungs- und Erziehungsaufgaben der Familie, der Gesellschaft, der Gewerkschaft

ten, kirchlichen Gemeinschaften, sowie des Staates. In den Betrieben selbst aber können diese Arbeiten nur von dem für sie verantwortlichen Betriebsingenieur geleistet werden. Jedenfalls zu schön, um wahr zu sein. Arnold hob in seinem Vortrage eigens hervor, daß die Vorgesetzten mit den Jungen auf Wanderschaften gehen, um sich menschlich nahe zu kommen, daß Sport und Musik zu demselben Zwecke Anwendung finden, daß den jungen Leuten durch eine längere Wanderung zu dem sogenannten großen Erlebnis verholfen wird usw. Nach der Lehrzeit darf der Lehrling bei brennender Kerze noch ein Treugelöbnis abgeben, zu welchem Zwecke, wurde nicht mitgeteilt. Außerdem seien noch Werkspflegerinnen vorhanden, die sich der häuslichen Familienverhältnisse der Belegschaften annehmen. Ohne das Gute des Dinta zu verkennen, muß doch gesagt werden, daß die von ihm beherrschten Menschen in Fesseln geschlagen und jedenfalls zu keiner anderen praktischen Mitarbeit auf irgendeinem Gebiete zu haben sind. Dieses ging auch deutlich aus den Vorträgen unseres Kollegen Arnold aus Düsseldorf und des Leiters der Berliner Gewerkschaftsschule, Fritz Fricke, hervor. Während ersterer die sachliche Berechtigung der Gewerkschaften zur Mitarbeit an der industriellen Arbeitsschulung und die Entfaltung aller Kräfte im Menschen forderte, lehnte letzterer die Werksschulung wegen der politischen Beeinflussung der Arbeitnehmer ab. Fritz Rütten, Redakteur unseres Bergarbeiterverbandes, bezeichnete das Dinta als Kampforganisation der Unternehmer, das gar nicht neutral sein sollte. Selbst Professor Marx, Leiter des Frankfurter Sozialen Museums und Gegner der gewerkschaftlichen Tätigkeit, dafür aber persönlicher Freund von Ingenieur Arnold, erklärte diesem, daß der Arbeiter in dem Gefühl ewiger Abhängigkeit lebe, daß die Fabrik immer ein Herrschaftsverhältnis bleibe und daher niemals Heimat oder Gemeinschaft werden könne. Alles in allem gesehen hat das einseitig aufgelegene Dinta trotz glänzender Verteidigung seines Befürworters Arnold eine Ablehnung durch den weitaus größten Teil der Teilnehmer erfahren. Diplomingenieur Professor Botsch vom Staatlichen Berufspädagogischen Institut Frankfurt a. M. brach eine Lanze für die Berufsschule und erklärte, daß diese ihrer Aufgabe nach der technischen, der staatsbürgerlichen und kulturellen Seite hin voll gewachsen sei. Damit erfuhr der Kampf um die Gewinnung der Jugend, denn darum handelt es sich, nicht etwa sein Ende, sondern nur eine Vertagung. S.

Der Deutsche Versicherungskonzern Versicherungsgesellschaften der christlichen Gewerkschaften

Unter den wirtschaftlichen Unternehmungen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung ragt infolge seiner recht günstigen Entwicklung besonders hervor der Deutsche Versicherungskonzern. (Berlin-Friedenau, Hähnelstraße 15a.) Er umfaßt die „Deutsche Lebensversicherung Gemeinnützige Aktien-Gesellschaft“, die „Deutsche Feuerversicherung Aktien-Gesellschaft“ und die „Erste Allgemeine Spar-Versicherungsbank Aktien-Gesellschaft“ in Saarbrücken.

Die „Deutsche Lebensversicherung Gemeinnützige Aktien-Gesellschaft“, der eigentliche Ursprung des Deutschen Versicherungskonzerns, besteht seit dem Jahre 1913. Sie ist auf zwei eigenartigen und bedeutungsvollen Grundgedanken aufgebaut. Einmal soll sie ihren Versicherten einen möglichst wohlfeilen und stabilen Versicherungsschutz bieten, und zwar in der bestmöglichen Form einer gemeinnützigen Aktiengesellschaft. Wohlfeil ist dieser Schutz der Gesellschaft, indem sie ihr Ziel als gemeinnütziges Unternehmen verfolgt und darum alle Gewinne immer wieder ihren Versicherten zugute kommen läßt, wobei sie die Schattenseite einer Gegenseitigkeitsgesellschaft, nämlich die Rückzahlungspflicht, vermeidet.

Sie führt in ihrer Firma die Bezeichnung: Gemeinnützige Aktien-Gesellschaft und dokumentiert diese Gemeinnützigkeit in ihren Satzungen durch Beschränkung der Aktionärsdividende auf vier Prozent des (mit 25 Prozent) eingezahlten Grundkapitals im Nennbetrage von 1,7 Millionen RM., durch das Verbot der Tantienzahlung an Vorstand und Aufsichtsrat, und durch die Bildung eines Wohlfahrtsfonds, der im Interesse aller Versicherten zu verwenden ist. Bekannte und hervorragende Vertreter großer, privater Versicherungsgesellschaften sowie der Rekrutierungskreise der Gesellschaft bilden den Aufsichtsrat, dessen Vorsitzender jetzt Reichsarbeitsminister Stegerwald ist.

Das System der Gemeinnützigkeit hat gleichzeitig den Vorzug, daß bei der Prämienbemessung die Frage der Sicherheit in den Vordergrund gestellt werden und bleiben kann; denn Ueberhörsüsse müssen nach dem Dividendenplan der Gesellschaft den Versicherten automatisch wieder zufließen. Insofern hat der Grundgedanke der Gemeinnützigkeit auch als Sicherheitsfaktor zu gelten.

Im Hinblick auf ihre Gemeinnützigkeit hat sich

Am 18. Okt. 1930 ist der zweiundvierzigste Wochenbeitrag für das Jahr 1930 fällig.

die Gesellschaft auch für besonders berufen gehalten, die Fürsorge für ihre Versicherten über das rein finanzielle hinaus auszudehnen, indem sie besondere Einrichtungen für den Dienst der Gesundheitsfürsorge schuf, der anlässlich der Düsseldorf Ausstellung 1926, der Gefolgt, in der ersten Klasse mit dem Reichspreis ausgezeichnet worden ist. In gleich günstiger Weise wirkt die zweite Eigenart des Unternehmens, die schon bei der Gründung in den Vordergrund gestellt wurde, nämlich die Sicherung eines stabilen Fortschrittes durch einen großen Stamm von Rekrutierungskreisen, den es als überaus wertvollen Ausgangspunkt keineswegs aber als Grenze betrachtet. Die Gesellschaft erstreckt ihre Tätigkeit im allseitigen Interesse auf alle Kreise und auf die große und die kleine Lebensversicherung einschließlich der Sterbegeldversicherung. Infolgedessen ist die Zahl der Versicherungsnehmer groß und die Risiko-Verteilung entsprechend günstig.

Eine allgemeine Uebersicht über die Entwicklung der Gesellschaft geben die nachstehenden Zahlen seit dem Jahre 1924:

	Zahl der Versicherten	Versicherungssummen Reichsmark	Zahlungen für Versicherungsverpflichtungen Reichsmark
1924	36 100	23 279 000	49 555
1925	66 221	51 461 000	144 970
1926	110 685	76 906 000	335 392
1927	265 420	129 572 000	562 847
1928	395 669	180 357 000	967 318
1929	475 979	221 701 000	1 521 071

	Gewinnreserve der Versicherten Reichsmark	Prämienreserve für Kapitalversicherungen Reichsmark
1924	158 879	555 896
1925	456 288	1 371 402
1926	665 691	2 403 846
1927	881 321	4 663 576
1928	1 286 124	7 660 293
1929	1 690 898	11 038 437

Die große Zahl der Neuanträge beruht zu einem überwiegenden Teil darauf, daß die Gesellschaft sich das Ziel gesteckt hat, gerade auch die minderbemittelten Kreise von der Notwendigkeit der Lebensversicherung zu überzeugen. Hierbei ist sie neue Wege gegangen und vorbildlich geworden. Zur Erklärung und Erläuterung des geschriebenen Wortes hat sie das künstlerische Bild durch die Heranziehung hervorragender Künstler geschaffen und ihren Werbeschriften zugrunde gelegt. Auch ihr Wertzeichen, unter dem sie die Anwerbung betreibt, ist von unparteiischer Seite als mustergerällig anerkannt.

Sachliche, innere Gründe, nämlich die bessere Ausnutzung vorhandener Verwaltungsstellen bei der Zentrale und bei der Außenorganisation, haben die Deutsche Lebensversicherung Gemeinnützige Aktien-Gesellschaft veranlaßt, ihren Aufgabenkreis durch die Sachversicherung zu erweitern, um durch möglichst weitgehende Personalunion, durch gemeinschaftliche Vermögensverwaltung, Kasselführung, Druckachenverwaltung usw. bei der Hauptverwaltung sowie durch eine bessere Auswertung der außerorganisatorischen Kräfte die gesamten Verwaltungskosten im Interesse der Versicherten zu mindern.

So ist auf ihre Veranlassung von ihren Aktionären im Jahre 1920 die „Deutsche Feuerversicherung Aktien-Gesellschaft“ als Schwester-Gesellschaft ins Leben gerufen worden. Diese betreibt das Feuer-, Einbruch-, Diebstahl-, Unfall-, Haftpflicht- und Kraftfahrzeug-Versicherungsgeschäft. Im gleichen Geiste wie die Deutsche Lebensversicherung Gemeinnützige Aktien-Gesellschaft geführt, ist sie in erster Linie bestrebt, sich durch eine besondere Kulanz bei der Schadenregulierung auszuzeichnen. Auch sie stellt die Sicherheit in den Vordergrund und hat sich daher seinerzeit von den Gefahren freigehalten, die eine schrankenlose Prämienunterbietung in der Inflationszeit nach sich ziehen mußte. Ihr 1924 auf drei Millionen Mark umgestelltes Aktienkapital ist inzwischen auf vier Millionen Reichsmark erhöht worden. Zusammen mit den Reserven bietet es im Vergleich zu der Prämie mehr als die dreifache und mit der Prämie mehr als die vierfache Sicherheit, die somit als außerordentlich hoch bezeichnet werden darf.

Der „Deutsche Versicherungskonzern“ als besondere Gesellschaft m. b. H. in Berlin bearbeitet gemeinsame Fragen der beiden Versicherungsgesellschaften und gibt das zurzeit monatlich erscheinende eigene Nachrichtenblatt „Deutscher Versicherungskonzern“ für die Außenvertreter der Danziger-Gesellschaften

in einer Auflage von zurzeit je 6100 Exemplaren heraus.

Die „Erste Allgemeine Spar-Versicherungsbank Aktien-Gesellschaft“ in Saarbrücken, die 1924 gegründet worden ist, hat ein Aktienkapital von 1 Million Franken und betreibt eine besondere Form des Sparzwanges mit monatlicher Gewinnauslösung, die französische Gesellschaften im Saargebiet eingeführt haben. Die Erste Allgemeine Spar-Versicherungsbank Aktien-Gesellschaft soll der deutschen Bevölkerung Gelegenheit geben, sich bei einem deutschen Unternehmen versichern zu können.

Die gegenwärtig noch im Hause Hähnelstraße 15a in Friedenau untergebrachte Hauptverwaltung wird in einiger Zeit ein weit ausgedehntes, neues Gebäude, in moderner Gestaltung, am Fehrbelliner Platz in Berlin-Wilmersdorf beziehen. Mit den Bauarbeiten ist bereits begonnen worden.

Arbeitslosenfeststellung im Verband für September

Die Arbeitslosenberichte vom Monat September aus den einzelnen Verbandsbezirken ergeben, daß die baugewerbliche Wirtschaftslage sich gegenüber dem Monat August weiter verschlechtert hat. Gegenüber der Arbeitslosenfeststellung vom August mit 43,29 Prozent weist der September die Zahl der Beschäftigungslosen mit 46,62 Prozent aus, das bedeutet eine Steigerung der Arbeitslosenzahl um 7,7 Prozent. Die Vergleichszahl vom September v. J. ist 17,65 Prozent. Nur in drei Bezirken ist noch eine geringe Besserung der Beschäftigungslage zu verzeichnen. In allen anderen Bezirken ist die Zahl der Arbeitslosen zum Teil sehr erheblich gestiegen. Arbeitslos gemeldet waren in den einzelnen Bezirken in Prozenten der Mitgliederzahl:

- | | |
|------------------------------|------------------------------|
| 1. Berlin 28.06 | 7. Köln 44.44 |
| 2. Bochum 48.19 | 8. Königsberg . . . 45.89 |
| 3. Breslau 48.35 | 9. München 46.25 |
| 4. Frankfurt 60.07 | 10. Münster 38.36 |
| 5. Hannover 45.04 | 11. Nürnberg 48.37 |
| 6. Karlsruhe 47.93 | 12. Paderborn 52.72 |

Das zusätzliche Bauprogramm der Reichsregierung hat nur einen noch stärkeren Rückgang der Bautätigkeit verhindern können. Man sollte meinen, die Regierung überlegte es sich angesichts dieser Tatsache doppelt, ob sie in der Zeit der Wirtschaftskrise die öffentlichen Mittel für den Wohnungsbau um die Hälfte kürzt. Wir möchten hoffen, daß sich die Regierung doch noch auf ihre frühere Ueberzeugung zurückbesinnt, daß die Anurbelung der Bauwirtschaft für die Gesamtkonjunktur mit von ausschlaggebender Bedeutung ist. Ohne erhebliche öffentliche Mittel ist die Anurbelung der Bauwirtschaft jedoch nicht möglich. Eine Schmälerung der Hauszinssteuermittel würde sogar im Augenblick zum fast völligen Stillstand der Bautätigkeit führen. Im übrigen erwarten wir, daß die wachsende Arbeitslosigkeit im Baugewerbe die Reichsregierung endlich veranlassen wird, ihre Versprechen bezüglich der Ausdehnung der Krisenunterstützung einzulösen.

Allgemeine Rundschau

Erich Glimm †

In der Vollkraft seines Schaffens wurde der Delegierte für Arbeitsrecht am Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, Erich Glimm, vom Arbeitsplatz weg am 1. Oktober durch einen Herzschlag abberufen. Sein plötzlicher Tod lenkt die Aufmerksamkeit auf die fast vergessenen Frontsoldaten, die unter den unsagbaren Strapazen des Krieges ihre Widerstandskraft einbüßten. Erich Glimm stand jahrelang als Infanterist in der vordersten Linie. Einen schweren Lungenschuß brachte er mit heim, der seinen allzu frühen Tod — wenige Tage trennten ihn von seinem 33. Geburtstag — vorbereiten half.

Tiefwurzelnde Liebe zu seinem Stande und eine aufrechte christliche Ueberzeugung führten ihn schon früh in die christliche Gewerkschaftsbewegung. Als Bezirksleiter im Gutenberg-Bund und seit 1927 als Gesamtverbandssekretär erwarb er sich durch großen Fleiß, seine hervorragende Rednergabe und hohen idealen Schwung Achtung und Anerkennung. Mit vielen verband ihn eine starke und ehrliche Freundschaft. Sie, und alle, die ihn kannten, stehen mit seiner Frau und seinen beiden Kindern trauernd am Grabe des allzu früh Verstorbenen. Möge der Herrgott ihm die ewige Ruhe geben!

Christliche Gewerkschaftler im neuen Reichstag

Im neuen Reichstag werden die Verbände des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften durch zwei Mitglieder mehr vertreten sein als bisher. Gewählt sind folgende Mitglieder der christlichen Gewerkschaften:

als Abgeordnete der Zentrumspartei: Johannes Becker-Krusberg (Metallarbeiter); Eberhardt (Bauarbeiter); Erising (Holzarbeiter); Fahrenbroch (Textilarbeiter); Giesberts (Metallarbeiter); Imbusch (Bergarbeiter); Joos (Holzarbeiter); Kubnen (Bergarbeiter); Krieger (Bergarbeiter); Schlat (Metallarbeiter); Stegerwald (Holzarbeiter); Drenmel (Fabrikarbeiter); Wie-

ber (Metallarbeiter); Wiedemeier (Fabrikarbeiter); Winkler (Holzarbeiter); als Abgeordnete der Bayerischen Volkspartei: Schwarz (Holzarbeiter); Trochmann (Metallarbeiter); als Abgeordnete der Partei des Christlich-sozialen Volksdienstes: Hartwig (Bekleidungsarbeiter); als Abgeordnete der Deutschen Staatspartei: Waltrusch (Holzarbeiter); als Abgeordnete der Deutschen Volkspartei: Wimmel (Bergarbeiter).

Zum erstenmal gewählt wurden die Kollegen Waltrusch, Kuhnen, Wiedemeier und Winkler. Leider sind die Kollegen Behrens und Hüfner (beides Landarbeiter), die für den Christlich-sozialen Volksdienst kandidierten, nicht wiedergewählt worden. Es steht jedoch zu erwarten, daß der Kollege Behrens, der an einer Nachrückstelle steht, demnächst doch noch ein Mandat erhalten wird.

Weg mit den zu hohen Pensionen

Sehr kluge Leute sprechen seit langem gekümmert herum, daß die Kürzung der Pensionen ehemaliger Minister und Generäle dem Staatskassell keine finanzielle Erleichterung verschaffen würde, darum besser unterbleibe. Wir sind durchaus anderer Ansicht. Gewiß wird die Herabsetzung der Pensionen auf höchstens 12 000 RM. im Jahre die finanziellen Schwierigkeiten nicht beheben. Aber wir haben 1800 Höchstpensionäre mit insgesamt 23 Millionen RM. Pension. Würden bei diesen Pensionären, die teilweise noch über die beste Manneskraft verfügen und eine neue gleichfalls hochbezahlte Stellung bekleiden, die Pension auf 12 000 RM. heruntergesetzt und auch diese 12 000 RM. noch um das sonstige Einkommen gekürzt, dann dürfte doch eine ganz nette Ersparnis dabei herauspringen. Man spreche nicht von „wohlerworbenen Rechten“. Vor diesen kommt doch bestimmt das Recht auf Lebenslöhne. Und wenn einem Erwerbslosen jede kleine Einnahme von seiner geringen Unterstützung abgezogen wird, wenn hunderttausende unserer Volksgenossen auch vom Rentenbezug längst ausgeschlossen sind, dann ist es moralisch unterantwärtlich, wenn Reich, Länder oder Gemeinden Vorkurspensionen zahlen. Es wird die höchste Zeit, daß mit diesem schreienden Unrecht Schluss gemacht wird.

Die europäische Arbeitslosigkeit

In Großbritannien wurden am 11. August 1930 2 050 737 Arbeitslose gezählt, das sind 882 669 mehr als zur gleichen Zeit des Vorjahres. In Italien betrug die Indexziffer der Arbeitslosigkeit im Januar dieses Jahres 28 gegen 100 im Januar 1925, das sind 50 Prozent mehr, als im Vorjahre. In der Tschechoslowakei waren bei der Arbeitslosenermittlung Ende Juni 73 456 Personen vorgemerkt. Erst in den letzten Tagen sollen einzelne Fabriken der nordböhmischen Glasindustrie bis zu 95 Prozent ihrer Glasarbeiter entlassen haben. In Österreich wurden Mitte September 153 235 unterstützte Arbeitslose und 30 000 ausgeheuerte Arbeitslose gezählt. Frankreich dagegen hatte am 12. Juni 1930 nur 888 Arbeitslose. Dänemark zählte am 16. August 1930 27 730 Arbeitslose. Das bedeutet gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres einen Rückgang von 10 000. Auch Polen meldet einen Rückgang der Arbeitslosigkeit.

Schreitende Senkung der Krankenkassenbeiträge

Amlich werden 52 Betriebskrankenkassen größerer Werke bekanntgegeben, die ebenfalls eine Senkung der Beiträge vornehmen. U. a. werden genannt: A.G., Deutsche Industriewerke, Kalidindikat, Ludwig Löwe, Oberpostdirektion Berlin, Siemenswerke, Hann. Portland-Zementfabrik, Gebr. Stollwerk, Klöcknerwerke, Continental (Hannover), Blohm & Bock. Die Senkung der Beiträge liegt zwischen 1/4 und 3 Prozent des Lohnes. Im Durchschnitt dürfte die Beitragssenkung 1 1/2 Prozent des Lohnes betragen. Diese Herabsetzung wurde im wesentlichen ermöglicht durch die direkte geldliche Heranziehung der Versicherten für die Anstellung eines Krankenhomes und die Ausfertigung von Rezepten in den Apotheken. Die Ersparnisse der Versicherten durch die Senkung der Krankenkassenbeiträge überwiegen gewaltig die Aufwendungen, die der Versicherte selbst für den Krankenhauseintrag und die Rezepte zu machen hat.

Alle 161 Minuten ein Eigenheim

Es ist als eine Spitzenleistung anzusehen, daß alle 161 Minuten ein Eigenheim finanziert und gebaut werden kann. Diese Leistung vollbringt die älteste und größte Bausparkasse Deutschlands und Österreichs, die Gemeinschaft der Freunde Württemberg in Ludwigsburg (Württemberg). Man kann also dieser Bausparkasse das größte Vertrauen entgegenbringen. Sie ist nicht zu vergleichen mit manchen neuen kleinen Gebilden, die zwar viel versprechen aber wenig halten können. Was die G.d.F. bisher versprochen hat, sie gehalten. Sie hat trotz der schweren Wirtschaftsdpression jetzt wieder mehr als 11 1/2 Millionen RM. für den Bau oder Erwerb von Eigenheimen, sowie zur Ablösung von hochverzinslichen Hypotheken ausgeschüttet. 72 Sparparere konnten diese Summe zugute. Damit ist in knapp 5 1/2 Jahren die Gesamtsumme von 153 Mill. RM. erreicht, die sich 10 134 Sparparere teilen. Damit sind nicht nur viele Sparparere glücklich geworden, weil ihre Sehnsucht, ein Eigenheim zu erhalten, erfüllt wurde, weil sie durch das anfallende Darlehen zu nur 4 Prozent Zinsen mit Lebensversicherung ihre Zukunft gesichert haben, sondern auch dem Baugewerbe und damit unserer gesamten Wirtschaft, nicht zuletzt der Arbeitslosen, die dadurch wieder Arbeit und Brot erhalten. Die Leistungsfähigkeit der G.d.F. geht nicht nur aus diesen Zahlen hervor, sondern besonders aus

Vergleichszahlen mit Unternehmungen ähnlicher Art. Die zugeteilte Summe auf den Kopf der gesamten Bauarbeiter gerechnet, beträgt bei der Gemeinschaft der Freunde 2450 RM., sinkt bei der nächsten Bausparkasse sofort auf 1550 RM., nimmt dann rapide ab, bis Summen von nur 800, 500, 300, 180, ja sogar 22 RM. auf den Kopf erreicht werden. Ebenso ist das Verhältnis, wenn man die Gesamtzahlen bei den 10 größten deutschen Bauparkassen in Vergleich zieht. Es entfallen dann Ende 1929 auf die G.d.F. rund 50 Prozent der Gesamtspareinzahl, 58 Prozent der Gesamtabschlußsumme, 76 Prozent der Gesamtanzahlungen, 75 Prozent der Gesamtzuteilungssummen und 68 Prozent der gesamten zugeteilten Bauarbeiter. Diese Zahlen besagen mehr als alle Versprechungen, besagen mehr als Klame und beweisen auch, wie recht die großen christlich-nationalen Organisationen getan haben, als sie den Entschluß faßten, mit der Gemeinschaft der Freunde in ein Vertragsverhältnis zu treten. Tr.

Arbeitslosigkeit und Bolschewismus

Vom 15. bis 17. Oktober tagt in Bielefeld der diesjährige evangelische kirchlich-soziale Kongress, der sich vornehmlich mit den sozialen Auswirkungen der großen Arbeitslosigkeit und der aufziehenden Gefahr des Bolschewismus befaßt wird. Diese Probleme behandeln eine Reihe von Vorträgen: „Arbeitslosigkeit und Völkerverschwärzung“, „Bolschewistische Ursachen und Wirkungen der Arbeitslosigkeit“ (Dr. Clausen vom Internationalen Arbeitsamt), „Ueberwindung der Arbeitslosigkeit und Heilung ihrer Folgen als kulturelle Aufgabe“ (Clara Kleinert vom Deutschen Gewerkschaftsbund), „Deutschland und der Bolschewismus“ (Professor Ruhagen (Wostau), jetzt Berlin). Außerdem wird sich der Kongress noch mit dem Genossenschaftswesen und Siedlungsfragen in folgenden Vorträgen befassen: „Die Bedeutung der Genossenschaften unter besonderer Berücksichtigung der Zusammenarbeit von städtischen und landwirtschaftlichen Genossenschaften“ (Robert Schöffler), „Industriejugend und ländliche Siedlung“ (Pastor Stratenwerth-Beitel).

Bücherschau

Ein Buch, das Du besitzen solltest, ist die im Verlag „Deutsche Arbeit“, Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 25, soeben erschienene „Weltgeschichte“ von Dr. Alphonse Nobel. In Ganzleinen gebunden 10,- RM., für unsere Mitglieder nur 6,- RM., einschl. Porto 6,45 RM. Auslieferungsort für die billigere Organisationsausgabe ist der Christliche Gewerkschafts-Verlag, Berlin-Wilmersdorf. Auf 520 Seiten erleben wir hier die Geschichte der Welt von den grauen Vorzeiten bis in unsere heutigen Tage. Es ist nicht eine einfache Aneinanderreihung von Geschichtsdaten, sondern eine lebendige und äußerst interessante Schilderung aller bemerkenswerten historischen Tatsachen. Nach unseren Kenntnissen gibt es keine zweite Weltgeschichte, die einen derartigen Wissensstoff in dieser kurzen, für jedermann verständlichen und anregenden Sprache, dabei durchaus wissenschaftlichen Sachlichkeit bewältigt. Gewiß gibt es eine große Anzahl von Weltgeschichten. Sie sind jedoch entweder zu umfangreich und zu gelehrig, infolgedessen auch sehr teuer, oder aber zu kurz und zu wenig belehrend; vielfach leider auch zu einseitig. Diese Weltgeschichte hat die Vorteile von allen: 1. wissenschaftlich objektiv und die ganze Weltgeschichte umfassend, 2. kurz, flüssig und äußerst interessant geschrieben. Wenn man nun noch den außerordentlich billigen Preis und die vornehme Ausstattung betrachtet, dann muß man dem Verleger, dem Verlag und auch unseren deutschen Lesern zu dieser Herausgabe aufrichtig gratulieren. Diese Weltgeschichte von Nobel dürfte nicht nur den diesjährigen Weihnachts-Büchermarkt beherrschen, sondern noch für lange Zeit das Buch sein, das man sich und anderen schenkt.

Briefkasten der Redaktion

R. S. S. 3. Warum nennt der Fragesteller seinen Namen nicht? Auf anonyme Anfragen geben wir grundsätzlich keine Antwort. Wohl aber sind wir gern bereit, dem Fragesteller persönlich Auskunft zu erteilen.

Bekanntmachungen

Das Mitgliedsbuch Buchnummer 339 644, lautend auf Anton Gundall, Maurer, geboren am 23. März 1882 in Lauschied, Kreis Meisenheim, in den Verband eingetreten am 9. März 1930, ist auf einer Baustelle in Saarbrücken durch Diebstahl abhanden gekommen. Das Mitgliedsbuch wird hiermit für ungültig erklärt und unsere Verbandsfunktionäre gebeten, bei einem etwaigen Auftauchen desselben den Unterzeichneten zu benachrichtigen.

Verwaltungsstelle Kreuznach
Der Verwaltungsstellen-Vorstand
S. A.: Aug. Jobst.

Bezirk Berlin

Nachstehende Verwaltungsstellen haben wieder veräußert, ihre Arbeitslosenzählkarte einzufenden: Meserich, Schmiebus, Brittsch, Fiehn, Förstner, Krojante, Preußisch-Friedland, Schönlanke, Leipzig, Burgau, Chemnitz, Dessau, Schirgiswalde, Rostow/M., Schwert/M., Magdeburg. Wir hoffen, daß die öffentliche Wahrnehmung dazu dient, das Veräußerte nachzuholen.

Sterbetafel

Am 1. Oktober starb unser treuer Kollege, der Maurer Wendelin Erb im Alter von 51 Jahren infolge Magenkrebs. Seit 1906 gehörte er unserm Verbands an. Er war in unserer Ortsgruppe ein Vorbild.

Ortsgruppe Siefel, Kr. Sulda.

Am 1. Oktober starb infolge eines Unglücksfalles unser Kollege Heinrich Laaf (Maurer) aus Knapsack.

Verwaltungsstelle Köln.

Am 2. Oktober starb an den Folgen eines Kehlkopfleidens unser treuer Kollege Peter Knorz aus Güntersleben im Alter von 30 Jahren.

Verwaltungsstelle Würzburg.

Ehre ihrem Andenken!

Ein passendes Weihnachtsgeschenk zu finden, ist oft sehr schwierig. Diese Sorge haben Sie nicht, wenn Sie sich von der Sigurd-Gesellschaft, Kassel, gratis und portofrei den prachtvoll illustrierten Katalog schicken lassen, welcher eine große Auswahl in Geschenkartikeln wie Spielwaren, Puppenwagen, Schaufelmaschinen, Sprechapparate, Nähmaschinen, Uhren, Fahrradern, Karabinern und Aufhängen enthält. Sie können dann in aller Ruhe Ihre Wahl treffen. Wir empfehlen jedoch, den Katalog sofort anzufordern und rechtzeitig Ihre Bestellungen aufzugeben, da erfahrungsgemäß sich gerade kurz vor dem Feste die Aufträge so häufen, daß die Bewältigung derselben schwer ist. Die Preise der verschiedenen Artikel sind, der Zeit entsprechend, sehr mäßig und bringen das Erzeugnis der Firma, beste Ware zu billigen Preisen zu liefern, hier zum Ausdruck.

Kollegen! Berücksichtigt bei Bedarf die Inferenten der „Baugewerkschaft“

Der nächste siebenwöchige **Sonderkurs im Vermessen u. Nivelieren**, verbunden mit Unterricht in Rechnen, Deutsch- und Geschäftskunde, Lohnwesen, Gesetzeskunde usw. beginnt am 3. November. **Wiederholung für Bau-, Tief- und Straßenbau**. Lehrplan frei! **Beimold, Wittjestr. 4d.**

Bauarbeiterhosen Zweidraht 6.-, 8.-, 9.- RM. Dreidraht 10.- RM. Herkules 12.- RM., Isänder 10.- RM., **Maurerhosen** 5.- RM., **Manchesterhosen** 9.-, 11.-, 13.-, 17.- RM. versendet bei Bestellung von 20.- RM. frei Haus.

Emil Hohlfeldt, Dresden 6, Ritterstr. 2, Mechanische Spezialfabrik für Bauarbeiter-Kleidung.

Extraktreiche Likörreszenzen zum Selbstbereiten v. Likören 1 Dtz. für 12 Lt. anst. M. 4.20 **Leberst. E. Wähler Halle-Trotha 109**

Wepa Fabrik f. Arbeitsanzüge sämtlicher Berufs Spez.: Blau-Maschinenbau- sowie Maurer- u. Manchester-Anzüge **Wilhelm Fahr, Berlin N 31, Brunnenstraße 78**

Tischlein, decke dich! Beutel, strecke dich! Ich führe mich ein **Für 3.- RM.** zuzügl. Nachnahme 6 Tischdecken (120cm) od. 2 Dtz. Serviett. 60. „ 5. Taschent. 42. „ Mischdsg. n. Wahl aus feinst. Damast-masch. d. modernst. Tischzeugd. sein Welt **Karl J. Kolditz, Berlin-Heiligensee**

Möbel-Kamerling Berlin, Kastanienallee 66 Speise-, Schlaf-, Herrenz., Küch., Riesenausw. Sportpreis. Zahlungsart.

Sichere Existenz im Hause. Ihre freie Zeit ist bares Geld! **Wir suchen** ehrliche, fleißige Personen zur Übernahm. unserer Erpreß-Schnellkasseler., auch nebenberuflich (Erfahrung 200 RM.). **Wir bieten** Garantie für dauernde Beschäftigung, hohes Gehalt, und Selbstbestimmtheit. Auf Wunsch persönliche Kalkulation. Schreiben Sie sofort unentgeltlich an **Erpreß-Schnellkasseler., Berl.-Schöne 128** (Erfahrung 200 RM.)

So billig wie nirgends **Weihnachts-Katalog gratis!** **Sigurd-Gesellschaft** **Kassel 51**

Kollegen, lest den „Deutschen“

Die Konsumgenossenschaft Eintracht e. G. m. b. H. mit ihren 53 Filialen und über 8000 Mitgliedern ist die Verbands-Organisation der eintrachtigen Bauarbeiter. **Der Eintracht ermöglicht politische Zusammenarbeit der eintrachtigen Bauarbeiter. Die Konsumgenossenschaft der Bauarbeiter sollen daher nur in den Konsumgenossenschaften ihren Bedarf decken.**